

WOHNEN BEZAHLBAR MACHEN

Politik für ein solidarisches Land bedeutet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Mietwucher einzudämmen. Mit der Wohnraumoffensive investieren wir in den sozialen Wohnungsneubau und das Baukindergeld. Mieterinnen und Mieter schützen wir durch Verbesserungen im Mietrecht.

OFFENSIVE FÜR MEHR WOHNRAUM

In Deutschland fehlen Hunderttausende Wohnungen. Weil Wohnraum knapp ist, steigen in vielen Städten und Ballungsregionen die Mieten. Deshalb starten wir eine Offensive für mehr Wohnungen und sozialen Wohnungsbau.

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Der Bund investiert in dieser Wahlperiode 5 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau. Damit der Bund die Länder dauerhaft beim Bau von Sozialwohnungen unterstützen kann, ändern wir das Grundgesetz. Außerdem kann der Bund nun eigene Grundstücke günstiger an Städte und Gemeinden vergeben, wenn dort bezahlbare Wohnungen entstehen. Das Instrumentarium, mit dem Kommunen dafür sorgen können, dass brachliegendes Bauland tatsächlich bebaut wird, soll gestärkt werden. Den Zuschuss zu den Wohnkosten für Menschen mit geringem Einkommen (Wohngeld) werden wir erhöhen und ausweiten, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen weiter einschränken.

EIGENTUM FÖRDERN

Junge Familien unterstützen wir dabei, Wohneigentum zu erwerben. Der Kauf oder Bau eines Hauses oder einer Wohnung wird zehn Jahre lang mit 1200 Euro jährlich pro Kind gefördert. Der Zuschuss wird bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Einkommen pro Jahr zuzüglich 15.000 Euro pro Kind gezahlt. Das Programm hat eine Laufzeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2020.

Um die Kosten für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums zu senken, wollen wir als Nächstes das Bestellerprinzip auch beim Immobilienkauf einführen: Wer den Makler bestellt, soll ihn auch bezahlen – also in der Regel der Verkäufer oder die Verkäuferin.

MIETERRECHTE STÄRKEN

Seit dem 1. Januar 2019 sind Mieterinnen und Mieter besser vor Mietwucher und der Verdrängung durch Luxusmietungen geschützt.

Wo die Mietpreisbremse gilt, müssen Vermieter die Mieterinnen und Mieter noch vor Abschluss des Mietvertrags unaufgefordert informieren, ob im konkreten Fall eine Ausnahme von der Mietpreisbremse vorliegt. Das schafft Transparenz und sorgt dafür, dass die Grenzen der Mietpreisbremse eingehalten werden. Halten sich Vermieter nicht daran, können sie sich mindestens zwei Jahre lang nicht mehr auf eine Ausnahme berufen – und damit keine höhere Miete verlangen. Wenn Mieterinnen und Mieter in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt der Auffassung sind, die Miete liege unzulässiger Weise mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete, können sie einen solchen Verstoß einfacher rügen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.

Außerdem werden Mieterinnen und Mieter besser vor extremen Mieterhöhungen nach Modernisierungs- oder Sanierungsmaßnahmen geschützt. Die Kosten einer solchen Maßnahme dürfen nur noch in Höhe von acht statt bisher elf Prozent pro Jahr auf die Miete umgelegt werden. Zugleich darf die Miete nur um drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen. Bei Wohnungen, bei denen die Miete unter sieben Euro pro Quadratmeter beträgt, darf sie sogar nur um zwei Euro pro Quadratmeter erhöht werden. Diese Begrenzungen gelten überall.

Außerdem wird härter gegen Spekulanten vorgegangen, die Menschen gezielt aus ihrem Zuhause „raus-sanieren“ wollen. Vermieter, die besonders schikanös vorgehen, um Mieterinnen und Mieter zu verdrängen, müssen nun mit einem Bußgeld von bis zu 100.000 Euro rechnen. Mieterinnen und Mieter können Schadensersatz geltend machen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Reform des Mietspiegels ein. Mit der Ausweitung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahre sollen mögliche Mieterhöhungen wirksam gedämpft werden.

SPDFRAKTION.DE

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
CARSTEN SCHNEIDER MDB, PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTS-
FÜHRER, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT | REDAKTION STEFAN HINTERMEIER
HERSTELLUNG SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

FOTO ULZA/SHUTTERSTOCK.COM (TITEL)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

WOHNEN BEZAHLBAR MACHEN

Für ein #solidarischesLand

